

Senatsbeschlüsse

über die 192. Sitzung des Senats

am 08.01.2019, 10:45 Uhr

- 4703.) "Gleichstellungspolitik in Bremen – Strategie oder Ignoranz?"
(Große Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2615/19)
-

Beschluss:

Die Beschlussfassung erfolgt im Umlaufverfahren.

- 4704.) 7. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche
Beziehungsgewalt"
(Vorlage 2616/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2616/19 den 7. Bericht der
ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt" sowie
die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft
(Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4705.) "Fischmehlimporte aus der besetzten Westsahara in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2617/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 15. Januar 2019 aus.

- 4706.) "Interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten für Frauen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2618/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 07.01.2019)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 7. Januar 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4707.) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
(Vorlage 2619/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 07.01.2019)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 7. Januar 2019 den Entwurf eines „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 4708.) Landesausschuss für Berufsbildung
Berufung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die
13. Amtsperiode
(Vorlage 2620/19)
-

Beschluss:

Der Senat beruft die in der als Anlage beigefügten Liste vorgeschlagenen Personen als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung für die 13. Amtsperiode.

4709.) Fortsetzung der flüchtlingsbezogenen Bundesentlastungen
Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten
der Länder und Kommunen u.a.
(Vorlage 2621/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2621/19 die Darstellung der flüchtlingsbedingten Bundesentlastungen aus dem Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen u.a. für die Jahre 2018/2019 zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die über den Finanzierungsweg des Länderanteils an der Umsatzsteuer im Landeshaushalt 2018 entstandenen Entlastungen in Höhe von insgesamt rd. 13,197 Mio. € vollständig im Verhältnis 80:20 zur Entlastung der kommunalen Gesamthaushalte an die Stadtgemeinden Bremen (rd. 10,557 Mio. € inkl. 1,766 Mio. € KFA) und Bremerhaven (rd. 2,639 Mio. € inkl. 0,425 Mio. € KFA) weitergeleitet worden sind.
3. Der Senat stimmt der vollständigen Weiterleitung der über den Finanzierungsweg des Länderanteils an der Umsatzsteuer inkl. Folgewirkungen beim Länderfinanzausgleich und bei den allg. Bundesergänzungszuweisungen entstehenden Entlastungseffekte i.H.v. insgesamt 34,699 Mio. € für 2019 im Verhältnis 80:20 an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Entlastung der kommunalen Gesamthaushalte mittels ergänzender Sonderzuweisungen i.H.v. rd. 28,940 Mio. € (davon rd. 23,116 Mio. € für Bremen und rd. 5,823 Mio. € für Bremerhaven – ohne regelhaften KFA-Effekt) aus den zu erwartenden nicht veranschlagten Steuermehreinnahmen im Landeshaushalt zu.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, für die aus der Weiterleitung resultierende Verschlechterung des strukturellen Saldos im Haushalt des

Landes i.H.v. 10,721 Mio. € einen entsprechenden Ausgleichsvorschlag im Vollzug des Haushaltes 2019 zu entwickeln.

5. Der Senat stimmt der Heranziehung der auf die Stadtgemeinde Bremen entfallenden Mittel aus den Sonderzuweisungen (23,116 Mio. € in 2019), aus den KFA-Effekten (rd. 4,644 Mio. € in 2019) sowie aus den Entlastungseffekten beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (9,271 Mio. € in 2019) bedarfsgerecht zur Realisierung der veranschlagten globalen Mehreinnahmen bzw. zur Auflösung der veranschlagten globalen Minderausgaben im Haushalt der Stadtgemeinde 2019 zu.
6. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, über die Verwendung der Kompensationsmittel für den Wohnungsbau im Rahmen der Berichterstattung über die Wohnraumförderprogramme zu berichten.
7. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um Weiterleitung der Darstellungen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Einholung der Zustimmung und der entsprechenden haushaltstechnischen Ermächtigungen für 2019.

4710.) 16. Bremer Solidaritätspreis 2019
(Vorlage 2622/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2622/19, den 16. Bremer Solidaritätspreis an die beiden Menschenrechtsanwälte Victor Antonio Fernández Guzman und Martin Fernández Guzman aus Honduras zu vergeben sowie an die von ihnen mitgegründete Organisation „Movimiento Amplio por la Dignidad y la Justicia“.

4711.) Pandemieimpfstoffbeschaffung im Rahmen des JPA / Verträge und
Kostenfolgen
(Vorlage 2623/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2623/19 den Abschluss der Rahmenverträge mit den Unternehmen Seqirus und GlaxoSmithKline zur Beschaffung von Pandemieimpfstoffen für das Land Bremen im Rahmen des beschriebenen JPA Verfahrens und nach Maßgabe der dargelegten Informationen zum Verhandlungsstand zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Bereitstellungsgebühr für Pandemieimpfstoffe i.H.v. insgesamt 1.170.000 € zulasten der Jahre 2020 – 2024 i.H.v. 234.000 € p.a. zu und bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die für die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 sowie der Finanzplanung prioritär im PPL 51 zu berücksichtigen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Maßnahmen zu ergreifen, um den für die Finanzierung der Bereitstellungsgebühr im laufenden Haushaltsjahr prognostizierten Mehrbedarf i.H.v. 234.000 € durch Ausgleichs im eigenen Produktplan darzustellen und darüber im Produktgruppencontrolling 1-9.2019 zu berichten.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die erforderlichen Beschlüsse zur Erteilung der Verpflichtungsermächtigung im Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen einzuholen.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „A. Problem“ im fünften Satz des ersten Absatzes vor dem Wort „differenziert“ die Wörter „mit jeweils 2 Impfdosen“ eingefügt werden.

- unter „D. Finanzielle...“ im fünften Absatz das Wort „Sequirus“ in „Seqirus“ geändert wird.

4712.) Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur, Sport" - Ergänzung des Projektauftrags 2018 bis 19.12.2018
Bewerbung der Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage 2624/19)

Beschluss:

1. Der Senat befürwortet und unterstützt die ergänzende Bewerbung um Bundesmittel für die Sanierung der Sportanlage Bockhorner Weg 10 in Bremen-Lüssum im Rahmen des Bundesprogramms Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur, Sport.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) über den am 08.01.2019 gefassten Beschluss des Senats zu informieren.

4713.) Benennung der Arbeitgebervertreterinnen und –Vertreter für den Vorstand der Unfallkasse Freie Hansestadt Bremen
(Vorlage 2625/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 07.01.2019)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 7. Januar 2019 die Benennung der Arbeitgebervertreterinnen und –vertreter für den Vorstand der Unfallkasse Freie Hansestadt Bremen.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „F. Öffentlichkeitsarbeit...“ im letzten Satz das Wort „Anschrift“ durch das Wort „Wohnort“ ersetzt wird.

4714.) "Öffentliche Finanzierung des ÖPNV, SPNV und Bahnverkehrs"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2626/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau
und Verkehr vom 08.01.2019)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 8. Januar 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.